Über 100 prominente britische Juden sagen:
WIR FEIERN ISRAELS GEBURTSTAG NICHT

Im Mai werden jüdische Organisationen den 60ten Jahrestag der Gründung des Staates Israel feiern. Im Zusammenhang mit Jahrhunderten der Verfolgung, die im Holocaust gipfelte, ist dies gut zu verstehen.
Aber wir sind Juden, die nicht feiern werden. Denn nun ist es an der Zeit, die Erzählung der anderen anzuerkennen, den Preis, den ein anderes Volk für den europäischen Antisemitismus und Hitlers völkermörderische Politik gezahlt hat. Wie Edward Said sagte, was der Holocaust für die Juden, ist die Nakba für die Palästinenser.

Im April 1948, dem Monat des schändlichen Massakers von Deir Yassin und des Granatwerfer-Angriffs auf palästinensische Zivilisten vom Marktplatz von Haifa, kam der Plan Dalet zur Ausführung. Er sorgte für die Zerstörung palästinensischer Dörfer und die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung außerhalb der Staatsgrenzen. Wir werden nicht feiern.
Im Juli 1948 wurden 70.000 Palästinenser bei Sommerhitze ohne Nahrung und Wasser aus ihren Häusern in Lydda und Ramleh ausgetrieben, was als Todesmarsch bekannt wurde.
Wir werden nicht feiern.

Insgesamt wurden 750.000 Palästinenser zu Flüchtlingen. Etwa 400 Dörfer wurden von der Landkarte getilgt. Damit war die ethnische Säuberung noch nicht zu Ende. Tausende Palästinenser (israelische Staatsbürger) wurden 1956 aus Galiläa vertrieben. Und noch viele Tausende mehr, als Israel das Westjordanland und Gaza besetzte.
Kriegsflüchtlinge haben nach internationalem Recht und kraft UNO-Resolution 194 ein Recht auf Rückkehr oder Entschädigung. Israel hat dieses Recht nie anerkannt. Wir werden nicht feiern.

Wir können nicht den Geburtstag eines Staates feiern, der auf Terrorismus, Massakern und der Enteignung des Landes eines anderen Volkes begründet ist.
Wir können nicht den Geburtstag eines Staates feiern, der auch jetzt noch ethnische Säuberungen betreibt, der internationales Recht verletzt, der eine ungeheuerliche Kollektivstrafe über die Zivilbevölkerung von Gaza verhängt und der weiter die Menschrechte und nationalen Bestrebungen der Palästinenser verneint.

Wir werden feiern, wenn Araber und Juden als Gleiche in einem friedlichen Mittleren Osten leben.

30.4.2008, Text und Liste der Unterzeichner:*http://www.guardian.co.uk/world/2008/apr/30/israelandthepalestinians*

Viktoria Waltz

'Ethnische Säuberung' in der Stunde der Wahrheit:

Ilan Pappé, israelischer Historiker und Autor vieler kritischer Bücher zum israelisch-palästinensischen Konflikt, beschreibt und belegt in seinem neusten Buch **„Die ethnische Säuberung Palästinas“**, was jedem Palästinenser als die "Nakba", die Katastrophe, in schmerzlichem Bewusstsein ist: die systematische Vertreibung von einer Dreiviertel Million Palästinenser aus dem heutigen Gebiet Israels, etwa die Hälfte der damaligen palästinensischen ansässigen Gesamtbevölkerung.
Dies geschah nach dem UN Teilungsbeschluss von 1947, auf der Basis eines Planes, der bereits 1940 von einer Gruppe zionistischer Politiker und Militärs unter der Leitung Ben Gurions erarbeitet wurde und in den sog. Plan D (Dalet) mündete. Plan C, ein Vorgänger von Plan D, sprach eine deutliche Sprache über die Ziele:
- Angriff auf politische Führer, Widerständler, auf finanzielle Unterstützer des Widerstandes, auf Araber, die gegen Juden vorgegangen sind, sowie auf erfahrene arabische Offiziere (der Mandatsverwaltung);
- Zerstörung der Transportwege, lebenswichtiger und ökonomischer Ressourcen wie Brunnen, Mühlen usw.;
- Übergriffe auf Dörfer, Nachbarschaften, Clubs, Cafés, Treffpunkte etc. (Pappé 2006)

Damit die Ziele auch für jeden Militanten erkennbar waren, wurde eine komplette Akte aller Dörfer und Orte erstellt, die nicht nur geographisch genaue Luftaufnahmen enthielt, sondern Details über die Bürgermeister, die soziale Mischung, Alter der Männer, Beziehungen zwischen den Dörfern, und vor allem eine Liste der Männer, die im Aufstand von 1936-39 gegen die britische Unterstützung der zionistischen Besiedlung beteiligt waren. Diese Akte aller Dörfer, in der Hand Elimelech Avnir's, Kommandeur der Hagana (Miliz), wurde zur Basis dessen, was unter "ethnic cleansing" verstanden werden muss. Es gab dazu "hilfreiche" Anweisungen:
"Diese Operationen sollen in folgender Weise durchgeführt werden: indem die Dörfer zerstört werden (in Brand setzen, in die Luft jagen, oder Minen in de Trümmer legen), und besonders dort, wo auf lange Sicht die Bevölkerung schlecht zu kontrollieren sein wird;... bei Widerstand müssen die militärischen Kräfte vernichtet und die Bevölkerung über die Staatsgrenzen hinaus vertrieben werden."
Innerhalb von sechs Monaten wurde diese "Mission", die mit Beschluss vom 10. März 1948 in die Tat umgesetzt werden sollte, in grausamster Weise erfüllt, mit Massaker, Hinrichtungen, Verwüstungen und Zerstörung. Das Ergebnis: 750.000 Flüchtlinge, in alle Himmelsrichtungen verstreut, 531 Dörfer waren zerstört und weitere 11 städtische Gebiete von ihren Bewohnern entleert worden (…)

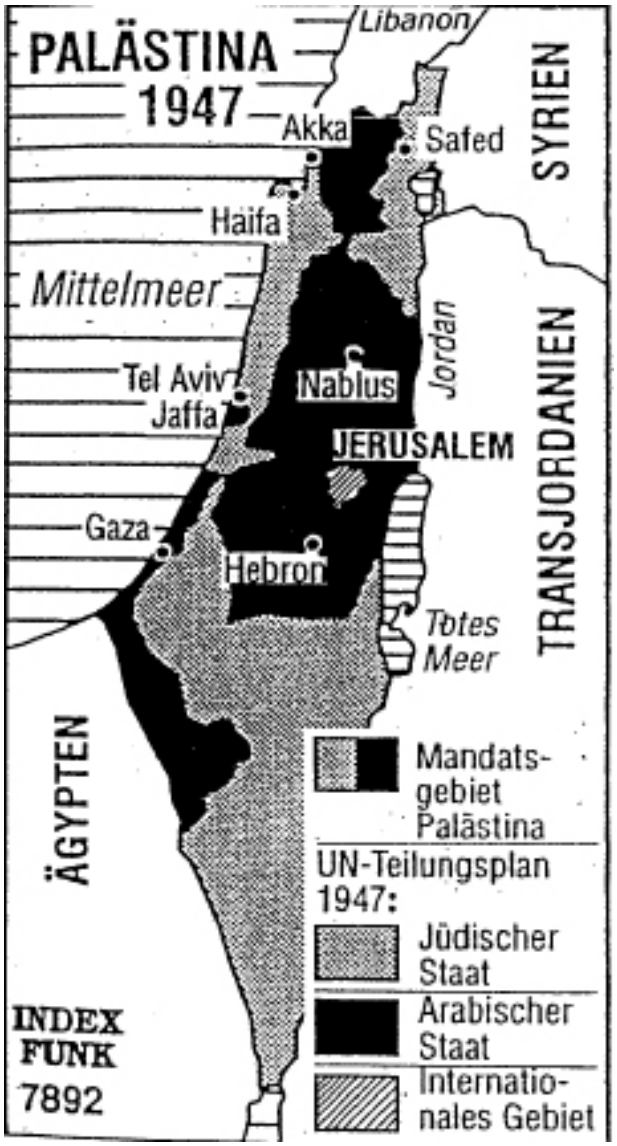
Pappé wagt sich - auf der Basis historischer israelischer Dokumente (Armee und Staatsarchive) - weit vor im israelischen Diskurs über diese Zeit, die im israelischen Geschichtsbewusstsein als der "Unabhängigkeitskampf" und deren Akteure als Helden und Märtyrer glorifiziert werden. Selbst aus dem internationalen Bewusstsein, so seine kritische Einschätzung, sind die tatsächlichen Ereignisse getilgt worden - obwohl es dramatische Berichte internationaler Beobachter gab, die auf die verübten Massaker hinwiesen und Einhalt forderten. Sein Buch, so hofft er, soll diesen Zustand ändern, was geschehen ist öffentlich machen, dieses Verbrechen ebenso als solches anerkennen, (…)**Nur über den schmerzlichen Weg in diese Vergangenheit könne eine "bessere Zukunft für Israelis und Palästinenser" entworfen werden.**
Bleibt noch zu fragen, ob dieser schleichende Genozid an den Palästinensern je aufgehört hat.

http://dpg-netz.de

Dr.Victoria Waltz ist Dozentin für Raumplanung an der Uni Dortmund und war 4 Jahre lang „Regierungs-Beraterin des palästinensischen Wohnungsbauministeriums in Gaza und Ramallah“. Mitglied der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft.

Zur Debatte über das Buch:
http://www.steinbergrecherche.com/levante.htm

UNO-Beschluss **1947:**
Teilung Palästinas



„Die Entscheidung über die Teilung Palästinas fiel, ohne dass man zuvor das palästinensische Volk als Hauptbetroffenen befragt hätte.
Der Vorschlag, in Palästina ein Referendum zu veranstalten, wurde von der UNO abgelehnt.“
(Walter Hollstein, „Kein Frieden um Israel“, S. 155)

Durch diese Teilung wurde den Juden, die ein Drittel der Bevölkerung Palästinas bildeten, 55% des Landes zugewiesen – Ebene und Tal, also der beste und ertragreichste Boden.

15.Mai 1948: Gründung des Staates Israel

Palästinensischer. Staat	Jüdischer Staat	Jerusalem
11 600 km^2	15 100 km^2	176 km^2
749 000 Palästinenser	510 000 Palästinenser	105 500 P
9 500 Juden	499 000 Juden	100 000 J

Krieg **1948**:
Israel erweitert seine Staatsfläche

750 000 Palästinenser flüchten

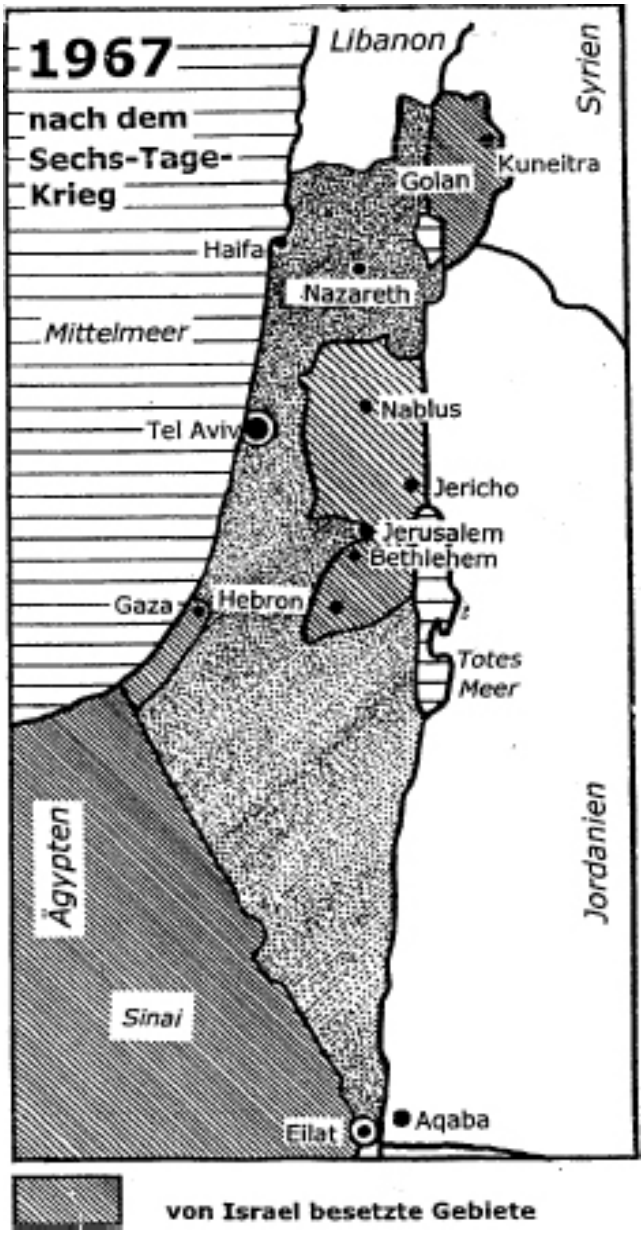
„Wir Juden zwangen die Araber, Städte und Dörfer zu verlassen (…) Einige von ihnen wurden mit Waffengewalt vertrieben; andere wurden mit List, Lüge und falschen Versprechungen zur Flucht animiert (…) Wir sind gekommen und haben aus Arabern als Bewohnern dieses Landes tragische Flüchtlinge gemacht.“ *(Nathan Chofshi, Jewish Newsletter, New York, 9.2.1959)*

„Ich konnte die ganze Nacht nicht schlafen. Was hier vor sich geht, verletzt mich, meine Familie und uns alle in unserer Seele (…)“ *(Landwirtschaftsminister Aharon Zisling in der Kabinettsitzung vom 17. 11. 1948, zitiert in Le Monde Diplomatique 12/97*)

UNO-Resolution 194 vom 11.12.1948:

Erklärt u. a. das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr bzw. Entschädigung.

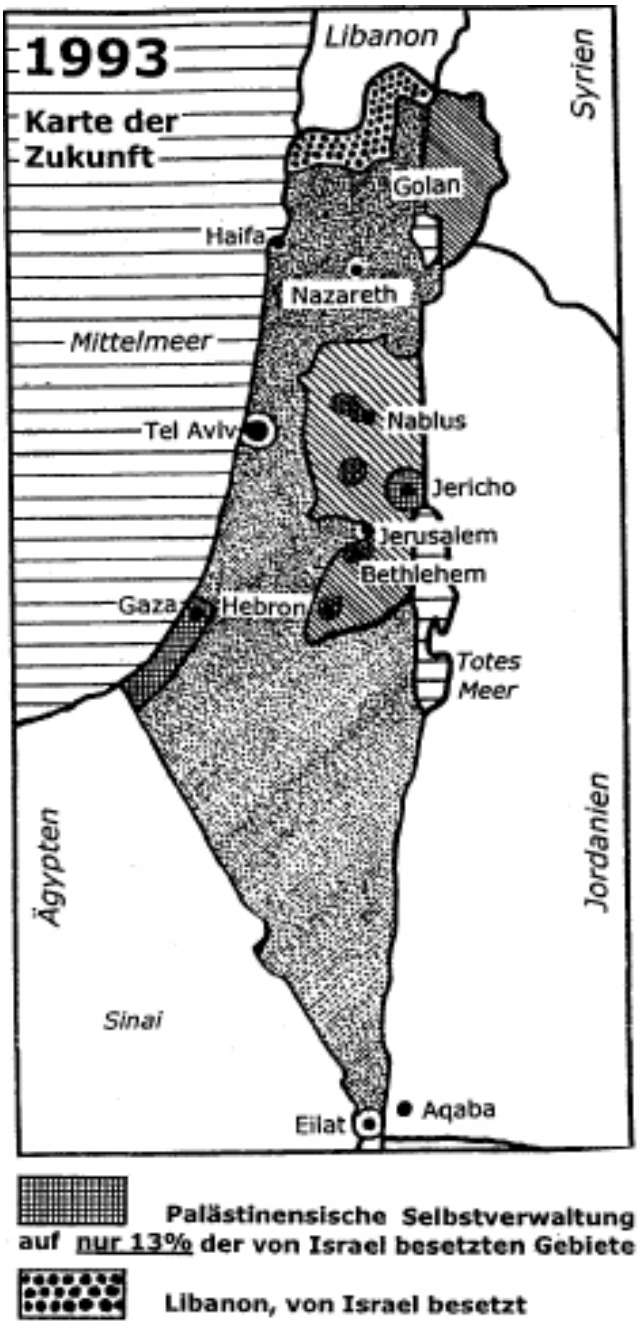
Juni **1967**:
Sechs-Tage Krieg



UNO-Sicherheitsrat
Resolution 242 vom 22. 11.1967:

Der UN-Sicherheitsrat betont „die Unzulässigkeit, Gebiete durch Kriege zu erwerben.“
Gefordert wird u. a. „Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden.“

1993:
Osloer Abkommen



In dem Osloer Abkommen 1993 wurden wesentliche Fragen nicht gelöst,
„darunter **Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen, Sicherheitsregelungen, Grenzen**, (…)“
(aus dem Abkommen vom 13. September 1993 zwischen Israel und der PLO)

Stimmen zu den Osloer Verträgen

Felicia Langer: Frieden mit Gerechtigkeit?

„Ich musste sehr schnell feststellen, dass in der „Grundsatzerklärung“ von damals die wichtigsten Fragen ausgeklammert worden waren: die Wasserfrage, die Souveränitätsfrage, die Flüchtlingsfrage, die frage der Landnahme, der Siedlungen und Jerusalems.
Es gab keine Vertragsklausel und es gibt bis heute keine solche, die klar feststellt, dass die Siedlungen völkerrechtswidrig sind. (…) Die PLO erkannte Israel an, aber Israel erkannte nicht die rechte der Palästinenser an, sondern die PLO als Vertreterin der Palästinenser. (…) Die Maxime, die die Grundlage der UNO-Resolution 242 bildet, dass nämlich Landerwerb durch Krieg unzulässig ist, wurde von Israel total abgelehnt und die PLO hat sich dazu nicht geäußert.“
(in Wissenschaft und Frieden Dez 1999,
http://www.iwif.de/wf499-43.htm)

Edward Said, Das Ende des Friedensprozesses

„Das Abkommen von Oslo , das vor dem weißen Haus unterschrieben wurde, bestand zum einen aus **zwei Erklärungen „gegenseitiger Anerkennung“**, die zwischen Israel und der PLO ausgetauscht wurden (obwohl Israel die PLO lediglich als Vertreter des palästinensischen Volkes anerkannte), und zum anderen aus einer **Grundsatzerklärung**, die die Interimsvereinbarungen für eine Truppenverschiebung statt eines Abzugs der israelischen Armee aus nicht genau bezeichneten Gebieten des Westjordanlandes außer Teilen von Gaza und Jericho festlegte. (S. 11)

(1995) „Die Hauptfragen bleiben freilich ungelöst
- Dazu gehört das Schicksal der Stadt Hebron (…) . In Hebron gibt es Ausgangssperren, Häuser werden gesprengt, Menschen im Gefängnis geworfen oder umgebracht, während die Siedler selbstverständlich dort bleiben, wo sie waren, so provozierend und aggressiv wie immer, von der Armee in ihren Landbesetzungen geschützt.
- Es wird weiterhin Land enteignet und die Siedlungen breiten sich aus.
- Zu keinem Zeitpunkt wurde die Frage nach Reparationen aufgeworfen. (…)
- Noch immer sitzen 6000 palästinensische politische Gefangene in israelischen Gefängnissen.
- Israel kontrolliert nach wie vor allein die Wasserversorgung (auch wenn es den Palästinensern im Prinzip etwas mehr Wasser zugestanden hat)
- Und natürlich dauert auch die Militärbesatzung an. Rabins Plan zufolge soll die direkte Kontrolle, gleichbedeutend mit israelischen Truppen in den wichtigsten Zentren des Westjordanlandes, durch eine mittelbare Kontrolle ersetzt werden, das heißt durch israelische Truppen im Umland der Städte. Shimon Peres, den einige führende Palästinenser noch immer als ihre Größte Hoffnung bezeichnen, zeigt sich unnachgiebig, sobald es um die israelische Herschaft und die israelischen Siedler geht. In einem Siegel-Interview vom 5. März dieses Jahres verwahrte er sich gegen die Unterstellung, die Siedlungen bedeuteten ein Hindernis für den Frieden. Die entscheidende Frage für den Frieden, so Peres kategorisch, laute, „Wie Siedler und Palästinenser miteinander auskommen.“. Kurz darauf sagte der Interviewer, er könne sich „nicht vorstellen, dass sämtliche Siedler nach einem Friedensabschluss im Westjordanland verbleiben“, woraufhin Peres antwortete: Das ist Ihre Meinung. Für mich ist das vorstellbar.“
Wenn dies die Art frieden ist, wie sie die palästinensische Autonomiebehörde unter Arafat auszuhandeln vermag, dann sollten wir diesen Frieden bei seinem richtigen Namen nennen: es ist eine in die Länge gezogene, ungeordnete, verlogene und unrühmlich Kapitulation. „ (s. 49-50)

Michael Warschawski (Alternative Information Center, Israel):

„Wie man Konflikte **nicht** löst – der Fall Israel-Palästina“

Der Oslo Prozess ist ein klares Beispiel dafür, wie man einen internationalen Konflikt NICHT löst.
Der Prozeß schlug aus folgenden Gründen fehl:
- Er basierte auf der Annahme eines „Konflikts“ (wie bei zwei miteinander kämpfenden Kindern) und nicht auf der einer Besatzung.
- Im Endergebnis wurde davon ausgegangen, dass die beiden Seiten symmetrisch seien und nicht von der Tatsache, dass die eine Seite die andere dominiert.
- Das Konzept des internationalen Rechts (inklusive der UN Resolutionen, internationale Konventionen) wurde von den Verhandlungen ausgeschlossen und durch „Kompromisse“ ersetzt.
- Es gab keine internationale Garantie, die ungleiche Kräfterelation auszugleichen und die Umsetzung der unterschriebenen Vereinbarungen sicherzustellen.

In einem solchen Rahmen würde jede „Lösung“ des israelisch-palästinensischen Konfliktes eine palästinensische Kapitulation erfordern. Die Tatsache, dass die Palästinenser das israelische Diktat nicht akzeptieren, führt dazu, daß die Kapitulation militärisch erzwungen werden wird.“
(Beitrag auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre 2003)

1995: Palästinensische Autonomie???

„Es darf nicht vergessen gehen, dass wir Palästinenser den Staat Israel auf 78 Prozent unseres Landes anerkannt haben. Es ist Israel, welches das Recht Palästinas, auf den restlichen 22 Prozent des Landes zu existieren, nicht anerkennt.“ (Marwan Barghuti, Mitglied der Palästinensischen Nationalversammlung und Fatah-Generalsekretär, Januar 2002. Er ist in israelischer Gefangenschaft)

Zone A (18 %)
steht unter palästinensischer Oberhoheit.
Sie umfasst die Städte – mit Ausnahme
von Jerusalem – und die Ortschaften.
Die meisten haben keinen territorialen Zusammenhang.

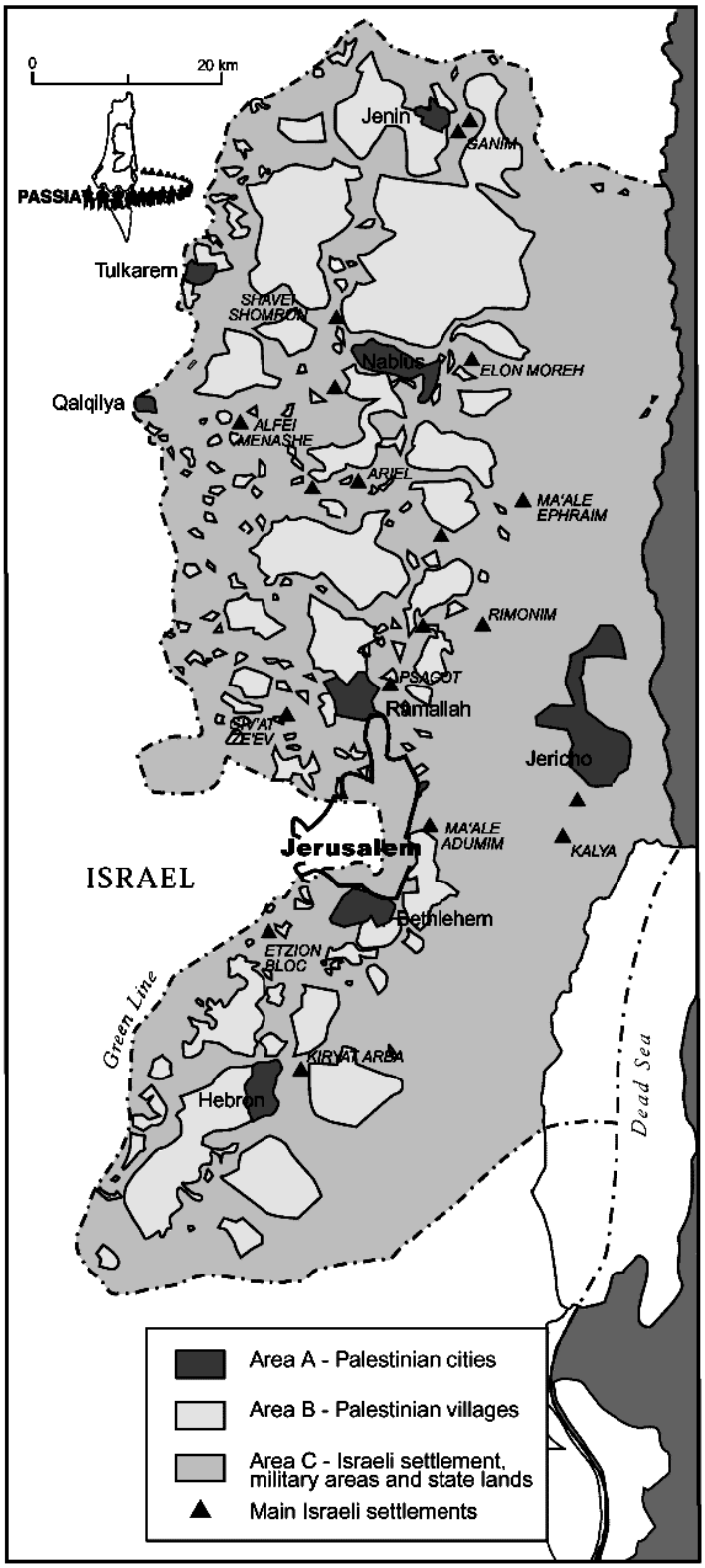
In der **Zone B** (= 22 %)
hat Israel das Sagen in Sicherheitsfragen, während die Palästinenser nur die zivilen Fragen regeln dürfen.

In der **Zone C**, die über
60 Prozent des Landes umfasst,
hat Israel weiterhin alle Rechte.

Israelische Siedlungen, die trotz der ablehnenden UN-Beschlüsse errichtet wurden.

Es werden Straßen „nur für Israelis“ gebaut.
Die israelische Armee kontrolliert durch Straßensperren die Bewegungen der Palästinenser; Verhaftungen und monatelange Einsperrungen ohne Gerichtsverhandlungen finden statt.
Die Versorgung mit Wasser, Strom usw. steht unter israelischer Kontrolle.
Für die Palästinenser gibt es keine Baugenehmigung und die Häuser, die ohne Genehmigung gebaut worden sind, werden auf Anweisung Israels zerstört.

Oslo II, 1995



Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (PASSIA)

2000: Camp David Treffen

Arafats Angebot

Baraks Angebot

"Camp David war ein Diktat"

Dr. Ilan Pappe, Jahrgang 1954, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität von Haifa (Israel) und Leiter des dortigen Instituts für Konfliktforschung.

Generaldelegation Palästinas

Warum sind die Vorschläge von Camp David 2000 von der palästinensischen Delegation abgelehnt worden?

Zu Jerusalem: Die israelische Position wird durch die Amerikaner vorgestellt. Die Palästinenser sollten die Souveränität über einige Viertel von Jerusalem erhalten. Die Stadtviertel außerhalb der Mauer bleiben unter israelischer Souveränität und erhalten eine Art Autonomie (Selbstverwaltung). Alle Stadtviertel innerhalb der Mauer werden in zwei Bezirke eingeteilt: das armenische und jüdische Viertel stellt einen Bezirk dar, die restlichen Viertel den anderen Bezirk, der einer besonderen Ordnung unterstellt ist. Trotz mehrerer Neuformulierungen blieb der Kern des Vorschlag gleich. So zum Beispiel gab es den Vorschlag eines souveränen palästinensischen Präsidentschaftssitzes in Jerusalem, so wie eine Botschaft.

Zu Grenzen: Die israelischen Forderungen begannen bei der Kontrolle über die palästinensischen Grenzen zu den arabischen Staaten (Ägypten und Jordanien). Später forderten sie die Souveränität über 15-20 % des Jordans, eines Teils des Jordantals, sowie die Annexion von 10,5 % der westlichen Grenze, die die Siedlungen umfasst, obwohl alle Siedlungen in der Westbank zusammen nicht mehr als 1,8 % der palästinensischen Gebiete umfassen.

Zu Sicherheit: Die Israelis haben drei bis fünf Basen als Beobachtungsposten gefordert. Außerdem verlangten sie eine Anzahl von Basisstützpunkten für israelische Streitkräfte. Sie forderten die absolute Kontrolle des Luftraums und die Stationierung ihrer Überwachungsposten an den internationalen Grenzen, um Personen, Waren und Waffen zu kontrollieren. Der palästinensische Staat sollte frei von Waffen sein.

Uri Avnery: 12 gebräuchliche Lügen über Israel und Palästina, 21.10.2000

Lüge Nr. 3: "Arafat ließ Camp David platzen."

Am Tag vor seiner Abreise zum Gipfel gab Barak fünf so genannte "Rote Linien" bekannt, die er unter keinen Umständen überschreiten wollte. Darunter waren: die israelische Souveränität über die ganze Altstadt von Jerusalem, keine Rückkehr zu den Grenzen von 1967, 80 Prozent der Siedler sollten bleiben, wo sie waren, keine Rückkehr auch nur eines einzigen Flüchtlings nach Israel! Später weichte er einige dieser Essentials auf, allerdings nicht genug, um auch nur in die Nähe einer Vereinbarung zu kommen.

Lüge Nr. 4: "Immer müssen wir geben, geben, geben. Arafat gibt überhaupt nichts."

Als die Palästinenser einer Friedensregelung zustimmten, die auf der Grenzziehung vor 1967 beruhte (die Grüne Linie), gaben sie schon von vorneherein 78 Prozent ihres Lands zwischen dem Meer und dem Jordan auf. Sie sind bereit, ihren Staat auf den restlichen 22 Prozent zu errichten. (…)
Das Problem lässt sich aber nicht nur in Prozentpunkten ausdrücken. Barak scheint lediglich 10 Prozent vom besetzten Gebiet zu verlangen. Berücksichtigt man aber die Gebiete, die er im Großraum Jerusalem annektieren und im Jordantal unter seine "Sicherheitskontrolle" stellen will, sind es in Wirklichkeit fast 30 Prozent. Was aber noch schlimmer ist: Nach der Landkarte, die er den Palästinensern vorlegte, würden diese Prozentpunkte das Land von Osten nach Westen und von Norden nach Süden zerschneiden, sodass der Palästinenser-Staat aus einer Vielzahl von Inseln bestehen würde, von denen jede von israelischen Siedlern und Soldaten umgeben wäre.

Lüge Nr. 12: "Wir haben keinen Partner für den Frieden."

Richtig, wir haben keinen Partner für einen Frieden, der den Palästinensern die Kapitulation vor einem israelischen Ultimatum abverlangt. Wir haben sehr wohl einen Partner für einen Frieden, wenn er auf Gleichheit und gegenseitigem Respekt beruht.

(Auszüge, aus dem Englischen: Peter Strutynski, Friedensratschlag.de*)*

Resolution der UN-Menschenrechtskommission, 15. April 2002

Die Kommission bestätigt das **Recht des palästinensischen Volkes auf Widerstand** gegen die israelische Besatzung.

Sie verurteilt aufs Schärfste:

- die Verletzung der Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten durch die israelische Besatzungsmacht;
- die Besatzung der palästinensischen Gebiete durch Israel;
- den Krieg der israelischen Armee gegen die palästinensischen Städte und Flüchtlingslager, welcher zum Tod von hunderten von palästinensischen Zivilisten, darunter Frauen und Kinder geführt hat;
- die „Liquidierung“ bzw. die Exekutionen ohne Gerichtsurteil von Palästinensern durch die israelische Armee;
- den Bau neuer Siedlungen und die Ausdehnung schon vorhandener Siedlungen;
- die Landenteignung;
- die ungerechte Verwaltung der Wasserressourcen;
- den Bau von Umgehungsstraßen;
- die Enteignung von palästinensischen Häusern in Jerusalem;
- die Einziehung von Personalausweisen der Einwohner von Ost-Jerusalem;
- die Sondersteuern auf Produkte und die extrem überhöhten Gebühren, die dem Zweck dienen, Palästinenser aus Jerusalem zu vertreiben;
- die Anwendung von Folter beim Verhör von Palästinensern;
- die Brandstiftung der Geburts-Kirche und der Omar Ibn Al-Khattab Moschee in Bethlehem und die Artillerieschüsse gegen die Al-Baik- und Al-Kabir-Moscheen in Nablus;
- die Angriffe der israelischen Besatzungsarmee gegen Krankenhäuser und Kranke und den Einsatz von palästinensischen Bürgern als lebende Schutzschilder beim Einmarsch israelischer Truppen in die palästinensischen Gebiete;
- den Beschuss von Krankentransporten und medizinischem Personal durch die israelische Armee;

Die Kommission ist tief besorgt:

- über die Verschlechterung der Menschenrechtssituation;
- über die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Yasser Arafat;
- über die Verhaftung von vielen Palästinensern und die fortgesetzte Inhaftierung von Tausenden von Palästinensern.

(…)

Quelle: un.org Eigene Übersetzung